

Sommer, Sonne ... Fluchtgefahr? Ostseetourismus in der DDR

von Heike Wolter

Vorbemerkung

„Sommer, Sonne, Sonnenbrand“ – so beginnt ein bekannter Schlager aus der DDR. In Analogie dazu ließe sich der DDR-Ostseetourismus beschreiben – Sommer, Sonne ... Fluchtgefahr?

Ehemalige DDR-Bürger erinnern sich beim Thema Reisen mehrheitlich an Sommer und Sonne – und vielleicht (n)ostalgisch beschönigend auch an all die Unwägbarkeiten, die es zu meistern galt. Der „Rest der Welt“ denkt an Repression und Einsperrung, an Grenzsoldaten und Patrouillenboote. Keine der beiden Sichtweisen wird dem Phänomen „Ostseetourismus in der DDR“, das hier näher beleuchtet wird, vollständig gerecht.

Die folgenden Überlegungen nehmen daher beide Bereiche in den Blick: Einerseits werden Existenzbedingungen und Charakteristika des Ostseetourismus in der DDR vorgestellt, andererseits wird der Aspekt der „Fluchtgefahr“ – nicht nur verstanden als unmittelbare Desertion, sondern auch als mentale Befreiung von den ideologischen Vorgaben des Staates – beleuchtet.

Die DDR war in 15 Bezirke unterteilt, einer von ihnen der Ostseebezirk Rostock mit dem gleichnamigen Verwaltungszentrum. Er zeichnete sich durch ein industriell nur wenig erschlossenes, agrarisch geprägtes Binnenland sowie einen vor allem aus Handels- und Tourismusgründen bedeutsamen Küstengürtel von rund 340 Kilometern Länge aus. Im Gegensatz zur übrigen DDR spielte hier der Tourismus eine entscheidende Rolle. Dies betraf nicht nur die Tatsache, dass besonders viele DDR-Bürger am Meer Urlaub machen wollten und dabei vor allem die Angebote des staatlichen Erholungswesens und teilweise auch von Privatanbietern nutzten, sondern auch internationale Gäste, die sonst wenig Interesse am Reiseziel DDR zeigten.

Zentrale Zäsuren der DDR-(Vor)Geschichte – 1949, 1953, 1961 und 1989 – weisen, bezogen auf den Tourismus im Ostseebezirk, eine spezifische Form auf.



Abb. 1: Die gesamte Ostseeküste der DDR war Grenzgebiet. Q: Privatbesitz.



Abb. 2: Viele Strandabschnitte waren auf Wunsch der Urlauber für FKK reserviert. Q: Privatbesitz.



Abb. 3: In der Hauptsaison war der Strand stets stark gefüllt und die Nachfrage immer höher als das Angebot. Q: DDR-Postkarte aus Privatbesitz.

Die Erholungslandschaft Ostseeküste

Das Gebiet um die Ostseeküste war die größte zusammenhängende Erholungslandschaft der DDR und auch die am stärksten frequentierte.¹ Die nachfolgende Übersicht zeigt, welche staatlichen Anbieter von UnterkunftsKapazitäten im Ostseetourismus 1989 vorrangig agierten.²

Küstenlandschaft – ausschließlich Ostseebezirk Rostock	
FDGB	21,0%
VEB Reisebüro der DDR	11,2%
Betriebe	24,3%
Campingplätze	43,5%

Aus der Tabelle wird ersichtlich, dass im Bereich des organisierten Küstentourismus nicht der FDGB führte, sondern aufgrund der Kapazitätsmängel in den Ferienheimen der Gewerkschaft und der Betriebe bis 1989 vor allem Camping eine herausragende Stellung einnahm. Dabei waren die Angebote – Unterkunft in festen Quartieren mit Vollverpflegung, Anreise und „Urlauberbetreuung“ beim FDGB und Stellplatz- ggf. auch Bungalowvermittlung für die Zeltplätze – qualitativ nicht vergleichbar. Das Reisebüro, welches frei verkäufliche Reisen an die See anbot, spielte eine untergeordnete Rolle.

Im verfügbaren Küstenraum gesellten sich zu den traditionell genutzten Erholungsflächen – besonders in den Seebädern – neu erschlossene Abschnitte.³ Ab den 1970er Jahren weitete sich der Ostseetourismus durch den steigenden Motorisierungsgrad ins Inland aus.⁴

An der Ostseeküste lagen zahlreiche „staatlich anerkannte Erholungsorte“⁵ – einschließlich der Seebäder⁶ –, die aufgrund ihrer landschaftlichen Lage, der bioklimatischen Bedingungen und der infrastrukturellen Ausstattung für die Erholung einen besonderen Schutzstatus genossen.⁷ In ihnen galt die Kurortverordnung;⁸ beispielsweise zahlten Rei-

- 1 Die Zahlen des Statistischen Jahrbuchs weisen zwischen der unmittelbaren Nachkriegszeit 1947 und 1989 in etwa eine 40-fache Steigerung der Urlauberzahlen aus: Zwischen den 50er und 80er Jahren variieren die Verhältnisse zwischen 1:12 und 1:5, zwischen 1970 und 1989 zeigt sich immerhin noch eine Verdoppelung. Am aussagekräftigsten ist die letzte Angabe, da bis 1969 nur die Zahlen aus den Ostseebädern in die Berechnung einfließen, später aber von allen Urlaubern der Küstenregion, auch jenen, die sich nicht in den als Kurort ausgewiesenen Seebädern aufhielten. Vgl. Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der DDR, verschiedene Jahrgänge.
- 2 Ellenor Oehler: Erholungswesen. Leitung, Organisation, Rechtsfragen, Berlin 1989, S. 90.
- 3 Vgl. Klaus Marold: Seebäder und Erholungswesen im Rostocker Bereich, Leipzig 1966; Karl Timmel: Die Entwicklung des Erholungswesens im Bezirk Rostock, unveröff. Manuskript, 1988.
- 4 Vgl. Gertrud Albrecht, Wolfgang Albrecht: Die Entwicklung der Gebietsfunktion Erholung im binnenländischen Mecklenburg von 1945–1989, in: Wolfgang Albrecht (Hrsg.): Mecklenburg-Vorpommern, Tourismus im Umbruch, Greifswald 1991, S. 40-56.
- 5 Zu den Anerkennungskriterien vgl. Oehler, Erholungswesen (wie Anm. 2), S. 94 f.
- 6 Vgl. beispielhaft Dietrich Gildenhaar: Seebad Ahlbeck 1700–2002, eine geschichtliche Übersicht, Heringsdorf 2002.
- 7 Vgl. Staatliche Anerkennung als Erholungsort, o.J., in: Landesarchiv Greifswald [LG], Rep. 200 II. 8.3.2.79, unpag.
- 8 Verordnung über Kurorte, Erholungsorte und natürliche Heilmittel=Kurortverordnung vom 03.08.1967, in: Gesetzblatt der DDR, Tl. II, 88/22.09.1967.

sende dort eine Kurtaxe, die für „Zwecke des Kur- und Erholungswesens“ ausgegeben wurde.⁹

Der Osteetourismus zeigte sich bis 1989 als klassischer Einsaisontourismus, wobei in den Sommermonaten Juli und August eine starke Besucherkonzentration auftrat.¹⁰ Obwohl staatliche Stellen – allen voran der FDGB, dessen Legitimation erheblich von seiner Fähigkeit abhing, das selbst gesetzte Versprechen, alle Reisewünsche der Werktätigen zu erfüllen – und Medien immer wieder das außersaisonale Reisen propagierten,¹¹ standen dem sowohl Ausstattungsprobleme als auch persönliche Vorlieben der Reisenden entgegen.



Abb. 4: Der FDGB bemühte sich um eine Auslastung auch außerhalb der Hochsaison. Q: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): „Endlich Urlaub!“ Die Deutschen reisen. Begleitbuch zur Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bonn, 6. Juni bis 13. Oktober. Köln 1996. Haus der Geschichte, Bonn.

9 Vgl. Sybille Eberle: Zur Kasse, bitte!, in: Wochenpost v. 20.06.1969.

10 Vgl. Heike Wolter: „Ich harre aus im Land und geh, ihm fremd ...“. Die Geschichte des Tourismus in der DDR, Frankfurt a.M. 2005, S. 133 f.

11 Das entsprechende FDGB-Plakat „Ausgerechnet Juli?“ stammt aus dem Jahr 1962, behält jedoch seine Gültigkeit bis 1989. Vgl. Claus-Ulrich Selbach: Reise nach Plan. Der Feriendienst des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, in: Haus der Geschichte (Hrsg.): Endlich Urlaub! Die Deutschen reisen. Begleitbuch zur Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1996, S. 65-76, hier S. 70.

Werbend hieß es 1972 beispielsweise in einem Artikel:

„Die, die jetzt [außerhalb der Hauptsaison; H. W.] hier sind, sehen doch mehr, weil sie weniger sehen müssen, und das wollen sie genießen! Der Strand ist sauber und scheint weit [...] die Zahl derjenigen, die sich an der See tatsächlich erholen wollen, die die auf See- und Waldwanderungen erworbene rot-frische Bräune einer Sonnenbrand-Kur vorziehen, [ist] weitaus größer geworden“.¹²

Doch schon einige Zeilen darauf wird im selben Artikel kritisch bemerkt: „Schade, denkt man, allein hier in Zingst und Prerow, 10 Heime, die nicht geheizt werden können, die mit allen Betten, Küchen und mitunter auch gastronomischen Einrichtungen bis zum nächsten Sommer leer stehen.“ Bis 1989 gelang es nicht, den Trend zum (Hoch-)Sommerurlaub zu verändern.

Wiederholt wurde auch darüber spekuliert, warum als Teil des Ostseetourismus in der DDR die Freikörperkultur – FKK – im Laufe der Zeit eine herausragende Stellung erlangte. Dass tatsächlich die starken Reglementierungen im staatlichen Bereich zu einer Nischengesellschaft führten, in der das Private Vorrang hatte,¹³ kann vermutet werden. Ein Zeitzeuge resümierte rückblickend: „Es war zu DDR-Zeiten die einzige Möglichkeit, unsere Freiheit auszudrücken, indem wir an den FKK-Strand gingen.“ Der Sexualforscher Kurt Starke meinte ergänzend: „Hier [beim FKK; H. W.] haben sich die Menschen in der DDR auch eingerichtet. [...] Die Bürger haben sich dann ihre Freiheiten auch geschaffen, sehr im privaten Raum.“¹⁴

Dabei waren die Anfänge der FKK-Bewegung in der DDR nicht einfach. Die DDR-Führung befürchtete zunächst, dass sich FKK-Urlauber der staatlichen Kontrolle entziehen könnten, und verbot daher in der Badeordnung der DDR die Bildung von Vereinigungen, die die Freikörperkultur organisierten, förderten oder propagierten.¹⁵ Sie akzeptierte diese aber als individuelle Vorlieben. Es hatte sich aus staatlicher Sicht nämlich herausgestellt, dass alle Bedenken umsonst waren: FKK war eine Möglichkeit, den Bürgern ein Stück individuelle Freiheit zu gewähren, ohne dass dies systemgefährdend wäre. Deshalb wurde in derselben Ordnung bereits 1956 das Nacktbaden an bestimmten Strandabschnitten gestattet, sofern die Badenden nicht gesehen werden konnten.¹⁶ Mit diesem Zugeständnis begann eine Entwicklung, bei der FKK-Plätze zunächst geduldet und schließlich legalisiert wurden. Schon 1969 gab es an der Ostsee 40,4 km FKK-Strände, fünf Jahre später bereits 47,6 km.¹⁷ In den 1980er Jahren hielt sich – aufgrund der hohen Verbreitung der FKK – kaum noch jemand

12 Susanne Statkova: Ohne Souvenir – aber wunderbar. Eine Reise an die herbstliche Ostsee, in: Berliner Zeitung v. 22.10.1972, S. 3.

13 Vgl. individuelle Einschätzungen von FKK-Anhängern aus der ehemaligen DDR (Retrospektivreportage) bei Susanne Gerecke: Die Nackten und die Roten – FKK in der DDR, in: Spiegel TV v. 2000.

14 Reportage: Damals in der DDR, Tl. 2: FKK, in: MDR v. 14.06.1999.

15 Vgl. „Was blieb, war die Kapitulation [des Staates vor den Nacktbadenden; H. W.]“ bei Gerecke, Die Nackten und die Roten (wie Anm. 13).

16 Vgl. Anordnung zur Regelung des Freibadewesens vom 18.05.1956, in: Gesetzblatt der DDR, Tl. I, 50/6.6.1956.

17 Vgl. FKK, in: LG, Rep. 200 II. 8.3.2.188, unpag.

an abgesteckte FKK-Flächen. Es waren vereinzelt sogar FKK-Campingplätze entstanden, der bekannteste in Prerow auf dem Darß.

Verwirklichung eines „Ferienplans“ – Entwicklung des Ostseetourismus 1945 bis 1953

Bereits kurz nach Kriegsende – die Menschen waren angesichts der großen Zerstörungen noch weitgehend mit der Existenzsicherung befasst – forderte die sowjetische Militäradministration die Einrichtung eines staatlich geleiteten Erholungswesens als Teil des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft. Dazu gehörte die Idee einer umfassenden staatlichen Fürsorge für den Einzelnen, die sich auch im Tourismus ausdrücken sollte. Schon 1946 regelte ein Befehl der SMAD den bezahlten Urlaubsanspruch für alle Arbeiter, am 20.03.1947 – also lange vor Gründung der DDR – wurde der Feriendienst des FDGB mit dem Ziel initiiert, als Reisemittler im „Sozialtourismus“ aufzutreten. Dieser unterschied sich von freien touristischen Formen durch seinen Anspruch, als soziale Unterstützung zu fungieren. Nicht das private Reisen aus Vergnügen stand im Mittelpunkt, sondern der Wille zur sozialen Kontrolle, sozialen Sicherung und zur Wiederherstellung der Arbeitskraft. Das bedeutete, Ferienreisen anzubieten, „deren Preisniveau so niedrig ist, dass es nicht zu einem Faktor wird, der die Teilnahme am Tourismus verhindert“.¹⁸ Mit dieser Idee knüpfte der FDGB an sozialtouristische Vorstellungen der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, den gewerkschaftlich organisierten Tourismus in der UdSSR, aber auch – ohne diesen Bezug zu erwähnen – an die KdF-Reisen der Nationalsozialisten an.¹⁹

Der Ostseeküste und dem nach der Auflösung der Länder entstandenen Ostseebezirk Rostock kam bei den touristischen Planungen eine besondere Bedeutung zu. Dies lag zum einen an den Präferenzen der Urlauber, die sich mehrheitlich nach Strand und Sonne sehnten, zum anderen aber an der bereits vorhandenen Infrastruktur, die (wieder) für den Fremdenverkehr nutzbar gemacht werden sollte.

Aufgrund der bisherigen Anbieterstruktur und der Kriegszerstörungen konnte sich das Angebot des Feriendienstes zunächst jedoch nur auf wenige Erholungsheime und Betten in Privatquartieren stützen. Aber bereits im ersten Jahr, 1947, war es so möglich, 17 500 Urlaubern eine Reise anzubieten. 1948 übergab die SMAD enteignete Gebäude an der Ostseeküste, darunter Villen und Schlösser, an den Feriendienst. Dies wurde von entsprechenden Propagandamaßnahmen begleitet, um deutlich zu machen, dass erst im Sozialismus für alle Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in vollem Umfang gewährleistet sei. So betonte eines der ersten Plakate des FDGB-Feriendienstes, die Kurorte gehörten nun den Werktätigen.²⁰

18 Margita Großmann: Funktionen des Fremdenverkehrs in der sozialistischen Gesellschaft, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Verkehrswesen Dresden 4 (1985), S. 771-786, hier S. 781.

19 Vgl. (überblicksartig mit weiterführenden Verweisen) Wolter, „Ich harre aus“ (wie Anm. 10), S. 430-436. Speziell zu den Schiffsreisen vgl. Andreas Stirn: Traumschiffe des Sozialismus. Die Geschichte der DDR-Urlauberschiffe 1953-1990, Berlin 2010.

20 Plakat des FDGB, 1950, <http://www.hdg.de/lemo/objekte/pict/DieZuspitzungDesKaltenKrieges-plakatDieKurorteGehoren/index.html> [letzter Zugriff: 08.01.2012].

1953 stellte – nicht nur wegen des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni – eine einschneidende Zäsur gerade auch im Ostseebezirk dar. Die weiterhin aus staatlicher Sicht dringend benötigten Kapazitätserweiterungen wurden nämlich mit illegalen Mitteln durchgesetzt. Am bekanntesten wurde in dieser Hinsicht die „Aktion Rose“, eine großangelegte Enteignungsmaßnahme.²¹ Unter diesem Decknamen verbarg sich eine konzertierte Polizei- und Justizmaßnahme. Vorwiegend wurden zwischen dem 10. Februar und 10. März 1953 Eigentümer von Hotels, Pensionen und Gaststätten wegen angeblicher Wirtschaftsdelikte und dem Verdacht auf Agententätigkeit für die BRD untersucht. Dies geschah im gesamten Küstengebiet der DDR mit Schwerpunkten auf Rügen und Usedom, in Gebieten also, die für den Ostseetourismus besonders attraktiv erschienen. Erst nach dem Zerfall der DDR wurde anhand der Aktenlage zweifelsfrei erkennbar, dass bereits seit Januar 1953 die Vorbereitungen zum Einsatz getroffen worden waren. Ein auf den 30.01.1953 datierter Einsatzplan vermerkte dies im Betreff „Ferienplan“. Im Beschluss der Sitzung des Sekretariats der Bezirksleitung Rostock vom 24.03.1953 wurde, die oben genannten Maßnahmen begleitend und ihre Wirkung manifestierend, die private Vermietung von Räumlichkeiten an Badegäste generell verboten. Schließlich wies die Regierung der DDR den Rat des Bezirkes Rostock im Mai 1953 an, eine große Zahl der Objekte in die Rechtsträgerschaft des FDGB zu übergeben.

Am besten mit dem „Haupterholungsträger“ – Entwicklung des Ostseetourismus 1954–1989

Aufgrund des permanenten Nachfrageüberhangs – längst konnten nicht alle Reisewünsche an die Ostsee vom Feriendienst des FDGB erfüllt werden – blieb in den nächsten Jahrzehnten die Beherbergungsfrage zentral. So wurde beispielsweise 1954, ein Jahr nach der „Aktion Rose“, nach wie vor dem Kapazitätsausbau höchste Priorität eingeräumt, wie aus einer Beschlussvorlage des Rates des Bezirks Rostock hervorgeht. Darin hieß es, dass der Ausbau der Kapazitäten vorrangiges Interesse und für die Badeorte 1954 ein Sofortprogramm zur Behebung der wichtigsten Mängel zu schaffen sei. Im Zuge dessen sollten bis zum Saisonbeginn am 30. Juni Fleischwarenfabriken in Betrieb genommen, Gaststätten erweitert, Kühlhäuser, Lagerbaracken, Kioske und Toilettenanlagen erbaut, Tanzflächen, Freilichtbühnen und mehr Möglichkeiten für Körperkultur und Sport geschaffen werden. Zum Stichtag allerdings musste resümierend eingeräumt werden, „dass offenbar jeder für sich arbeitet“ und die Erledigung der Aufgaben nur „schleppend“ vorangehe.²² Dies war ein Befund, der sich bis zum Ende der DDR regelmäßig wiederholte.

21 Vgl. dazu und im Folgenden: Bundesministerium der Justiz (Hrsg.): Im Namen des Volkes? Über die Justiz im Staat der SED. Katalog zur Ausstellung des Bundesministeriums der Justiz, Leipzig 1994; Klaus Müller: Die Lenkung der Strafjustiz durch die SED-Staats- und Parteiführung der DDR am Beispiel der Aktion Rose, Frankfurt a.M. u.a. 1995; Martin Holz: Die Aktion Rose 1953 an der Ostseeküste, in: Rugia. Rügen-Jahrbuch, Putbus 2004, S. 28-34; Heike Wolter: Aktion Rose, in: FDGB-Lexikon, http://library.fes.de/FDGB-Lexikon/texte/sachteil/a/Aktion_Rose.html [letzter Zugriff: 02.08.2011]; Klaus Schwabe: Der 17. Juni 1953 in Mecklenburg und Vorpommern, Schwerin 1993, S. 22-24; Ernst-Moritz-Arndt-Gymnasium Bergen (Hrsg.): Im Namen der Rose. Enteignungen auf Rügen 1953, Bergen 2004.

22 Sofortprogramm für Badeorte 1954, in: LG, Rep. 200 8.3.2.17, Bl. 1 f. u. 32 f.

Langsam traten ab den 1960er Jahren angesichts der unzureichenden Angebotssituation neue Anbieter in den Markt ein. Zum Beispiel vermieteten Einwohner teils legal, teils illegal erneut privat; das Reisebüro der DDR band Hotelkapazitäten; Betriebe erbauten oder pachteten eigene Unterkünfte, bemühten sich um Stellplätze für Bungalows und Zelte oder darum, Zimmerkapazitäten zu erhalten.

All dies stellte für den Feriendienst der Gewerkschaften ein Legitimationsproblem dar. Daher unterband der FDGB die freie Preisgestaltung für Beherbergungsangebote durch die Vorgabe von Einheitspreisen im Beherbergungsgewerbe. Zudem verpflichtete er die Betriebe auf eine Kooperation mit dem FDGB unter seiner administrativen Vorherrschaft:

„Betriebe können Erholungseinrichtungen grundsätzlich nur in Interessengemeinschaften errichten. Die Bildung, Leitung und Planung der Interessengemeinschaften zur Schaffung von neuen Erholungsplätzen erfolgt durch den FDGB als Haupterholungsträger der Arbeiterklasse (bei uns: Federführung = Feriendienst der Gewerkschaften, Erholungszentrum Ostsee, Rostock).“²³

Ungezählte Akten zeugen von den Problemen dieser Zwangspartnerschaften, wie das Beispiel der VEB Leuna Werke „Walter Ulbricht“ aus dem Jahr 1972 zeigt:²⁴ Der Betrieb wollte ein altes Objekt abreißen, um dann einen den Anforderungen der Urlauber entsprechenden Neubau mit 200 Betten und 100 Aufbettungsmöglichkeiten an der Ostseeküste in Eigeninitiative zu errichten. Den Erfordernissen der Planwirtschaft in der DDR entsprechend reagierte die Bezirksplankommission beim Rat des Bezirkes ablehnend und vermerkte, dieses Vorgehen sei nicht abgesprochen, damit nicht im Plan und nicht „kennziffergesichert“. Insgesamt ließ sich bereits in den 1970er Jahren feststellen, dass der FDGB und die Behörden vor Ort auf Aus- und Überlastung verwiesen, man schrieb beispielsweise an den VEB Vereinigte Bauelementwerke Henningsdorf, die „Aufnahmekapazität der Insel Rügen zur Zeit und in den nächsten Jahren [sei; H. W.] für Urlauber erschöpft.“²⁵

Viele private Anbieter gaben ihre Vermietungsabsichten aufgrund der Preis- und Organisationsbindung an den FDGB-Feriendienst – mindestens vorübergehend – auf, jedoch wird vor allem in den Erinnerungen vieler Menschen deutlich, dass sich durch langjährig gewachsene private Beziehungen bis 1989 ein umfangreicher „grauer“ Bettenmarkt erhielt.²⁶ Dass dieser in der Mangelgesellschaft der DDR manchmal eigenwilligen Regeln folgte, wird aus einem an die Generalstaatsanwaltschaft der DDR weitergeleiteten Einzelfall aus dem Jahr 1989 deutlich:

„Unser Kollektiv, die Erzieherinnen der Kinderkrippe Espenhain, möchte sich mit folgendem Anliegen an Sie wenden. Eine Kollegin unseres Kollektivs bewarb sich

23 Protokoll über die am 30.05.1973 erfolgte Beratung über die Entwicklung des Ortsteiles Tarnewitz der Gemeinde Boltenhagen, in: LG, Rep. 200 II. 8.3.2.45, unpag.

24 Vgl. Vorgang: VEB Leuna Werke „Walter Ulbricht“, 1972, in: LG, 200 II. 8.3.2.45, unpag.

25 Brief vom 20.05.1975 an den VEB Vereinigte Bauelementwerke Henningsdorf, in: LG, Rep. 200 II. 8.3.2.45, AG Erholungsbauten, unpag.

26 Vgl. beispielhaft zahlreiche Berichte in: Sven Wichert, Irina Wichert (Hrsg.): „Sie werden plaziert“. Urlaub auf Rügen zu DDR-Zeiten, Bergen 2008. Zu diesem Phänomen in Estland vgl. Anu Järs in diesem Band.

um eine Ferienunterkunft an der Ostsee aus der Zeitschrift Wochenpost. Auf ihre Bewerbung erhielt sie folgenden Antwortbrief. ‚Werte Familie, Sie bewarben sich bei mir um einen Urlaubsplatz für den Sommer 1989. Auf meine Annonce erhielt ich bisher über 500 Zuschriften. Nach irgendeinem Gesichtspunkt muß ich auswählen. Sie werden sicher verstehen, daß ich meine persönlichen Interessen dabei in den Vordergrund stelle. In den Jahren 1989–1991 habe ich umfangreiche Baumaßnahmen auf meinem Grundstück vorgesehen. [...] Ich bevorzuge bei der Auswahl meiner Urlauber Partner, die mir bei der Materialbeschaffung bzw. Baudurchführung behilflich sein können‘.²⁷

Ein wirklicher Kapazitätszuwachs im Sinne einer größeren Abdeckung der Nachfrage gelang dem Feriendienst erst ab den 1970er Jahren: erstens durch die geschilderten Vereinheitlichungsmaßnahmen, zweitens durch den Beschluss des Politbüros der DDR, einen Großteil der Plätze in sieben der Interhotels der DDR – unter anderem im Hotel Warnow in Rostock und im von der Handelsorganisation betriebenen Hotel Neptun in Warnemünde²⁸ – dem Feriendienst zur Verfügung zu stellen, drittens durch die organisatorische Zwangsbindung des Betriebserholungswesens ab 1979 an den FDGB.²⁹ Dazu trug auch bei, dass mit der Direktive des VII. Parteitages 1971 klar herausgestellt wurde, welchen wichtigen Stellenwert der Sozialtourismus in der DDR haben sollte. Für den Ostseebereich Rostock mit seiner mittlerweile deutlich auf den Tourismus zugeschnittenen Wirtschaftsstruktur war dies besonders bedeutsam. Der Parteitag wies an, das Erholungswesen „entsprechend der Sozialpolitik [...] weiterzuentwickeln. Für die Weiterentwicklung des Feriendienstes der Gewerkschaften werden die staatlichen Investitionen erhöht.“³⁰ In den darauf folgenden Jahren entstanden über den „Haupterholungsträger“ zahlreiche Unterkünfte, Gaststätten und Sportanlagen, der infrastrukturelle Ausbau des Küstengebietes setzte sich beschleunigt fort.

Ein Großprojekt in der Schaabe, das von seiner Ausgangsidee einer konfektionierten Urlaubsgestaltung dem KdF-Projekt in Prora nicht unähnlich war, scheiterte allerdings. Die Pläne waren hochfliegend, wie man sich in Glowe rückblickend erinnerte:

„Die Medien verbreiteten 1969 die Meldung, dass in einem städtischen Wettbewerb des ehemaligen FDGB-Bezirksvorstandes und Rat des Bezirks Rostock das erste sozialistische Großbad der DDR in der Schaabe projektiert und als Modell während der 13. Lehr- und Leistungsschau auf dem Messegelände Rostock-Schutow vorgestellt wurde. Von Glowe bis Juliusruh sollte ein riesiger, ganzjährig nutzbarer Erholungskomplex entstehen [...] Der FDGB plante eine Bettenkapazität für 8 000 Urlauber mit steigender Tendenz. [...] Ohne Rücksicht auf die vorhandene Natur und Umwelt sollte

27 Ina Merkel (Hrsg.): „Wir sind doch nicht die Mecker-Ecke der Nation“. Briefe an das DDR-Fernsehen, Köln u.a. 1998, S. 179-181.

28 Ob das Hotel zur Interhotel-Kette gehörte, lässt sich nicht zweifelsfrei ermitteln, da es mindestens zeitweise von der Handelsorganisation betrieben wurde, jedoch wurde es im Schulbuch Geschichte für die Klasse 10 aus dem Verlag Volk und Wissen im Jahr 1989 so bezeichnet, und auch zahlreiche Zeitzeugenveröffentlichungen im Internet weisen auf den Charakter eines Interhotels hin.

29 Vgl. Anja Oppermann: Transformationsprozesse der Fremdenverkehrswirtschaft an der mecklenburgisch-vorpommerschen Ostseeküste nach 1990, Düsseldorf 1996, S. 76.

30 Willi Stoph: Bericht zur Direktive des VIII. Parteitages der SED, Berlin 1971, S. 255.

die flache, waldbestandene Nehrung zwischen Ostsee und dem Großen Jasmunder Bodden umgekrempelt werden.“³¹

War noch 1968 in der landesweiten touristischen Konzeption ein Generalplan für das Gebiet Schaabe, in dem der „FDGB [einen] modernen Erholungskomplex mit mindestens 3 000 Betten errichten“ wollte,³² angefordert worden, so zeigte sich bald: „Letztlich scheiterte das Projekt wohl an der enormen Finanzierungslast. Eine konkrete Summe des Investitionsaufwandes ist nicht bekannt geworden. [...] Ende des Jahres 1970 wurden die Projektierungen und Planungen durch den FDGB-Bundesvorstand endgültig verworfen und eingestellt.“³³ In Prora selbst hingegen wollte man das teilweise bereits bebaute Gelände aus naheliegenden Propagandagründen nicht für die Urlaubsgestaltung nutzen.³⁴

Beim FDGB-Bundesvorstand wurde das gewerkschaftliche Erholungswesen in der Abteilung Feriendienst zentral geplant. Das betraf jedoch nicht nur die übergreifende Konzeption der Weiterentwicklung, sondern auch Organisationsfragen. Das Präsidium erarbeitete beispielsweise jährlich die Grundsätze zur Verteilung der Reisen. Für die Ostseeküste bedeutete das – vor allem in den Saisonzeiten – den Einsatz eines strengen Verteilerschlüssel und genauer Vergabebestimmungen, denn bis zum Ende der DDR gelang es lediglich etwa ein Sechstel der nachgefragten Reisen bereitzustellen. Da mit wenigen Ausnahmen nur FDGB-Mitglieder antragsberechtigt waren, galt die Verteilung von Ostsee- und anderen Reisen als wichtiger Beitrittsgrund zu dieser staatlichen Organisation, in der 1989 97,4% aller Arbeitnehmer in der DDR Mitglied waren.³⁵ Die Bedeutung des staatlichen Erholungswesens kann auch daraus ersehen werden, dass der FDGB in den 1970er und 1980er Jahren den deutlich größten Teil seines Beitragsaufkommens für den Feriendienst verwendete, welcher besonders in der Spätphase der DDR eine legitimierende Funktion erhielt.

Aufgrund der sozialpolitischen Bedeutung des Urlaubs mit dem FDGB-Feriendienst waren vom Reisenden seit 1963 nach verschiedenen Kriterien gestaffelte, jedoch stets für jedermann leicht zu finanzierende Preise zu entrichten.³⁶ Die Vorzüge eines preiswerten Urlaubsangebots wurden jedoch zunehmend durch die selbst auf lange Sicht unzureichenden Kapazitäten und – bedingt durch geringe Einnahmen des Feriendienstes – Qualitätsmängel überlagert.³⁷

31 O.V.: Können Sie sich noch erinnern?, in: Wellenbrusen. Informationsblatt des Tourismusvereins der Gemeinde Glowe e.V. 4 (2003), S. 6, <http://www.glowe.de/wellenbrusen/ausgabe4.pdf> [letzter Zugriff: 02.08.2011].

32 Konzeption für das Jahr 1968 in: LG, Rep. 200 II. 8.3.2.181 Prognostische Entwicklung des Erholungswesens bis 1963–69, unpag. Interessant ist die stark abweichende Zahl der geplanten Bettenkapazität – eine Diskrepanz, die sachlich aus den zur Verfügung stehenden Akten nicht aufgelöst werden kann.

33 V., Können Sie sicher noch erinnern (wie Anm. 31).

34 Vgl. Dokumentationszentrum Prora (Hrsg.): Das „Paradies“ der „Volksgemeinschaft“. Das KdF-Seebad in Prora und die deutsche „Volksgemeinschaft“, Berlin 2008.

35 Vgl. Rainer Weinert, Franz-Otto Gilles: Der Zusammenbruch des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB). Zunehmender Entscheidungsdruck, institutionalisierte Handlungsschwächung und Zerfall der hierarchischen Ordnungsstruktur, Opladen u.a. 1999, S. 24.

36 Genaue Beispiele zur Ferienplatzfinanzierung in: Wolter, „Ich harre aus“ (wie Anm. 10), S. 205–207.

37 „1970 werden etwa 50% der Bürger eine längere Erholungsreise machen. [...] 1980 werden etwa

Diese grundsätzlichen Existenzbedingungen des Inlandstourismus von DDR-Bürgern waren aufgrund der sozialistischen Zentralverwaltung grundsätzlich überall gleich, sie gewannen aber an der Ostseeküste, wo der Tourismus den wichtigsten Wirtschaftszweig darstellte und die öffentliche Wahrnehmung des Sozialismus sich weithin an Fragen des Erholungswesens orientierte, eine herausragende Bedeutung.³⁸

Nicht-gewerkschaftliche Tourismusformen an der Ostsee

Zelten war neben dem Aufenthalt über den Feriendienst der Gewerkschaften und das mit ihm verknüpfte betriebliche Erholungswesen eine weitere zentrale Beherbergungsmöglichkeit an der Ostsee. Doch auch hier überstieg die Nachfrage das Angebot, und der schwerfällige Verwaltungsapparat wollte und musste reagieren. Aus diesem Grund wurde eine zentrale Platzvergabe eingerichtet. Dies geschah in den 1950er Jahren zunächst durch eine „Kommission für die Organisation des Zeltens“, die für 1957 beispielsweise 35 Zeltplätze mit einer Kapazität von 35 000 Personen auswies und unter anderem erklärte, dass „das niemand verantworten kann, wenn die Zelter unangemeldet und unwillkürlich die Zeltplätze an der Küste aufsuchen und erst bei Ankunft auf dem Zeltplatz die Genehmigung erhalten bzw. bei Überfüllung auf einen anderen Zeltplatz verwiesen werden müssen.“³⁹ Später erfolgte die Vermittlung der Plätze für längere Aufenthalte über einen an Zeitungskiosken im Herbst des dem Urlaub vorangehenden Jahres erhältlichen Antragsvordruck.⁴⁰ Im Ostseebezirk arbeitete ausschließlich das Campingzentrum Ostsee in Stralsund bereits in den 1970er Jahren mit einer EDV-Anlage. Nur so konnte die Vielzahl der Anträge bewältigt werden. Eine doppelte Beantragung oder der Vermerk einer mitreisenden Person auf mehreren Formularen hingegen wurde als Rücktritt gewertet und mit dem Ausschluss des Antragstellers aus der Vermittlung für zwei Jahre bestraft.

Seit den 1960er Jahren kam als organisatorische Herausforderung hinzu, dass die meisten Stellplätze durch Betriebe vorreserviert wurden,⁴¹ sodass sich 1980 die zuständige Behörde gezwungen sah, der SED-Bezirksleitung in Rostock mitzuteilen, dass die Betriebe Kapazitäten abziehen müssten, wenn sie über 20% der Einrichtung durch bevorzugte Vergabe belegten, wie dies zum Beispiel in Klütz (100% Belegung) oder in Gager (80% Belegung) der Fall sei.⁴² Sowohl Betriebe als auch Zeltplätze hatten entgegen den politischen Vorgaben

70% der Bürger eine längere Reise unternehmen. [...] Volle Bedarfsdeckung in dieser Struktur und zeitlicher Konzentration auch bis 1980 nicht möglich.“ Konzeption für das Jahr 1968 (wie Anm. 32).

38 Vgl. Bruno Benthien, Alfred von Känel u.a.: Die Küstenregion mit See- und Hafengewirtschaft, Erholungswesen und Landwirtschaft im Bezirk Rostock, in: Bruno Benthien (Hrsg.): DDR. Ökonomische und soziale Geographie, Gotha 1990, S. 460; dies.: Main Aspects of Structural Change, in: GeoJournal 8 (1984), S. 45-52, hier S. 49; Oehler, Erholungswesen (wie Anm. 2), S. 100.

39 Beratung der Zeitweiligen Kommission für die Organisation des Zeltens am 27.05.1957, Reaktion auf Anordnung des Ministeriums des Innern v. 18.05.1957 in: LG, Rep. 200 8.3.2.53, unpag.

40 Vgl. zu den näheren Vermittlungsbedingungen: Wolter, „Ich harre aus“ (wie Anm. 10), S. 273 f.

41 Meist installierten die Betriebe dort feste Betriebszelte, die dann von allen Betriebsangehörigen genutzt werden konnten. Damit war es nicht mehr notwendig, dass jeder Urlauber seine eigene Ausstattung besitzen musste.

42 Schriftwechsel der AB Erholungswesen 1980–1982, in: LG, Rep. 200 II. 8.3.2.37, unpag.

großes Interesse an einer Zusammenarbeit, denn erstere beteiligten sich im Gegenzug für die Platzbereitstellung an den kommunalen Aufgaben.⁴³ Zwar sollte es zwischen beiden eben keine Dauervereinbarungen geben, doch die Realität sah anders aus. Aus informellen Vereinbarungen wurden rasch Kommunalverträge mit klar umrissenen Vertragsbedingungen.⁴⁴ Und auch den Medien war das Dilemma bewusst:

„Wachsender Komfort auf den Plätzen ist einem großen Teil der Betriebe zu verdanken. Auf dem Ostseecampingplatz Prerow beispielsweise sind mit Unterstützung von 24 dort vertretenen Stammbetrieben Werte in Höhe von rund 300 000 Mark geschaffen worden: eine Asphaltkegelbahn, Straßeninstandsetzung und -neubau, eine Mehrzweckhalle, Toiletten u.a.m. Es erscheint logisch, wenn viele Gemeinden die Empfehlungen einiger Betriebe – 50 Prozent Betriebscamping und 50 Prozent Individualcamping – in der Weise anwenden, daß von den 50 Prozent Betriebscamping 20 bis 30 Prozent mehrere Jahre hindurch denselben Platz besuchen dürfen [...] Für nur eine Saison nämlich würde kein Betrieb so tief in die Taschen greifen“.⁴⁵

Wie in anderen Bereichen führte der stete Mangel eben auch zu unlauteren Vergabemechanismen.

Eine Erweiterung des Begriffs „Ostseetourismus“ ergibt sich durch den die Ostsee nutzenden und von der Ostseeküste startenden Kreuzfahrttourismus in der DDR.⁴⁶ Der Betrieb der so genannten Urlauberschiffe – MS Fritz Heckert (1961–1972), MS Völkerfreundschaft (1960–1985) und MS Arkona (1985–1990) – ging aus einer Initiative auf dem V. Parteitag der SED hervor. Die Urlaubsplätze machten jedoch nur einen geringen Anteil der FDGB-Reisen aus (1962: 16 500, 1969: 4 000, 1989: 9 300 Personen). Der propagandistische Wert als sozialtouristische Leistung des FDGB war jedoch mindestens in den Anfangsjahren immens. Kreuzfahrten hatten eine Signalwirkung auf die Entwicklung der touristischen Nachfrage nicht nur im Inland, sondern – die Fahrten führten schließlich in andere Ostseeanrainerstaaten und sogar bis ins Mittelmeer – für das Ausland.⁴⁷ Die Preise für die Kreuzfahrten waren hoch, doch – ebenso wie bei Teilen der dem FDGB-Feriedienst zur Verfügung gestellten Kapazitäten in den Interhotels – nicht die entscheidende Eintrittsbarriere. Kreuzfahrten und besondere Hotelaufenthalte wurden nur selten über die Grundorganisationen in den Betrieben verteilt, die sonst für die Reisezuteilung zuständig waren. Vielmehr

43 Vgl. Gerecke, Die Nackten und die Roten (wie Anm. 13). Darin wird berichtet, wie ein Betrieb sich an der Installation der Straßenbeleuchtung beteiligte, um sich im Gegenzug Zeltstellplätze zu reservieren.

44 Vgl. dazu und im Folgenden: Martin Bütow: Abenteuerurlaub Marke DDR, Camping, in: Haus der Geschichte (Hrsg.), Endlich Urlaub (wie Anm. 11), S. 101-105, hier S. 104.

45 Auszug aus einem Artikel in der Neuen Berliner Illustrierten, zit. aus: Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen, Informationen 15 (1977), unpag.

46 Einschlägig Stirn, Traumschiffe des Sozialismus (wie Anm. 19).

47 Vgl. beispielhaft zur Zahl der Fahrten und der Zielorte aller Sonderfahrten der MS Völkerfreundschaft Wolter, „Ich harre aus“ (wie Anm. 10), Anhang 35 (nicht im Buch, sondern online beim Campus Verlag abrufbar, <http://www.campus.de/sixcms/media.php/274/Anhang-Wolter.pdf> [letzter Zugriff: 14.07.2011]).

wurden Vorschläge entgegengenommen, welcher der vorbildhaft dem Sozialismus verbundenen „Bewerber“ mit einer solchen Reise belohnt werden sollte. Nur in Ausnahmefällen wurden Seereisen zur Buchung über das Reisebüro der DDR freigegeben.⁴⁸

Für den Tourismus im weiteren Sinne waren zudem die Ferienlager von entscheidender Bedeutung. Sie verfügten über umfangreiche Kapazitäten an der Ostsee, denn die staatlich organisierte Kinderbetreuung in den Ferien galt als politisch äußerst bedeutsam. Kinderferienlager waren angesichts der hohen Quote berufstätiger Eltern einerseits notwendig, andererseits gesellschaftspolitisch sehr erwünscht. Deshalb stellten die Betriebe Plätze in eigenen Einrichtungen bereit. Diese waren oft von einfacher Qualität, boten aber Mitte der 1980er Jahre bereits Platz für etwa 2 Millionen Kinder. Der Staat wollte mit den Ferienlageraufenthalten die sozialistische Erziehung der Kinder und Jugendlichen durch politische, sportlich-touristische, kulturelle, technische, gesellschaftliche und sogar wehrpolitische Aktivitäten fördern. Der Grad der Durchsetzung dieser staatlichen Ziele variierte in den verschiedenen Ferienlagern, deren Betreuer aus den Betrieben oft aus dem Kreis der Eltern stammten, die das Ferienlager unterhielten. Für diese Form des Tourismus war aber nicht der „Feriendienst“ des FDGB zuständig, sondern der „Zentrale Ferienausschuss beim Ministerrat der DDR“. Die Eltern zahlten für diesen Urlaub nur einen symbolischen Beitrag. Zudem gab es auch an der Ostseeküste einige herausgehobene so genannte Pionierlager, deren vorrangig politische Ziele und Aufgaben gesetzlich festgelegt wurden. Beispiele waren in Graal-Müritz das Pionierlager Martin Andersen Nexö, in Trassenheide das Pionierlager Raymonde Dien oder in Prerow das Pionierlager Kim Ir Sen.

Tourismus als Verwaltungsbereich

Nach den Organisationsprinzipien des sozialistischen Zentralismus wurde der Politikbereich (Sozial-)Tourismus landesweit einheitlich gesteuert. Die Vorgaben aus den Parteitagungen der SED und den FDGB-Kongressen mussten an die örtlichen Volksvertretungen übermittelt und von diesen umgesetzt werden. Das „Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen“ regelte Grundsätze dieser Weitergabe und legte die Aufgaben der verschiedenen Entscheidungsebenen fest.

Im Ostseebezirk Rostock existierte im Vergleich der DDR-Bezirke das ausgefeilteste Zuständigkeitssystem: Beim Rat des Bezirks gab es aufgabenspezifisch einen Rat für Erholungswesen. Unterstützt wurde dieser durch ständige oder zeitweilige Kommissionen, die für besondere Problemlagen eingesetzt wurden. Die grundsätzlichen Aufgaben der örtlichen Vertretungen bestanden im Treffen eigenverantwortlicher Entscheidungen zur regionalen Verwirklichung der vom FDGB vorgegebenen Hauptaufgabe,

„im Erstellen verbindlicher Vorgaben für die nachgeordneten Wirtschaftsorgane, Volksvertretungen und die Bürger; in der Leitung der Plandurchführung und Sicherung der Erfüllung der volkswirtschaftlichen Verpflichtungen im Einflussbereich;

48 Vgl. Gerd Peters: Vom Urlauberschiff zum Traumschiff. Die Passagierschiffahrt der DDR, in: Haus der Geschichte (Hrsg.), Endlich Urlaub (wie Anm. 11), S. 93-100, hier S. 100.

in der Beschlussfassung über die Fünfjahrpläne und die Jahrespläne der Bezirke sowie die Jahrespläne der Kreise, Städte, Stadtbezirke und Gemeinden.“⁴⁹

Dazu arbeiteten die örtlichen Vertretungen eng mit den zentralen staatlichen Institutionen, gesellschaftlichen Organisationen sowie den Kombinat, Betrieben und Genossenschaften zusammen.

Im Bezirk wurden die „Hauptrichtungen der staatlichen, gesellschaftlichen und betrieblichen Tätigkeit zur weiteren Entwicklung des Erholungswesens im Bezirk“ bestimmt.⁵⁰ Die so genannte Abteilung Erholungswesen war dem Rat für Erholungswesen untergeordnet. Hinzu kam eine so genannte Ständige Kommission Erholungswesen (und Tourismus), in den 1950er Jahren gab es im Bezirk Rostock beispielsweise eine so genannte Bäderverkehrskommission, die sich allein mit der Verkehrsinfrastruktur, nicht jedoch mit anderen touristisch relevanten Bereichen befasste.⁵¹ Im Jahr 1987 stellte sich die wegen anhaltender Probleme im Umbruch befindliche Organisationsstruktur des Tourismus im Bezirk Rostock in einem Schreiben an das Ministerium für Verkehrswesen wie folgt dar: Im September 1987 konstituierte sich der neue Bezirksausschuss für Tourismus, der den Bereich zentral leiten sollte. Zudem wurde eine Kooperationsgemeinschaft Tourismus gegründet, deren erste Aufgabe es war, einen „Problemkatalog“ zu erstellen. Beschlossen wurde außerdem eine langfristige Konzeption zur Entwicklung des Erholungswesens bzw. Tourismus mit dem Titel „Programm zur Entwicklung des Erholungswesens bis 1990 im Bezirk Rostock unter besonderer Berücksichtigung des gewerkschaftlichen Erholungswesens“. Zur Umsetzung der hochgesteckten Ziele kam es bekanntlich nicht mehr.

Übergreifend entstand 1987 im Bezirk Rostock die „Kooperationsgemeinschaft Tourismus“. Sie hatte koordinierende Aufgaben und vertrat die produzierenden Leistungseinheiten im Tourismus mit Sitz und Stimme.⁵² Wohl aufgrund der hohen Frequentierung der Ostsee als touristisches Ziel wurde dieses gemeinsame bezirkliche Gremium als notwendig erachtet.⁵³ In ihm entstanden die Arbeitsgruppen Bahntourismus, Programmrealisierung, Unterkunft, Kommerzieller Tourismus, HO – Reisebüro, ICH Warnow – Reisebüro, TIE – Reisebüro. Ein Hauptaugenmerk war allerdings nicht die Organisation des Inlandstourismus von DDR-Bürgern, sondern die Nutzung der touristischen Attraktivität der Küste, um ausländische Touristen anzuwerben. Diese sollten vor allem in den drei hochwertigen, für ausländische Gäste als nutzbar eingestuften Hotels (Neptun, Warnow, Rügen-Hotel) unterkommen, von denen jedoch zwei nach staatlichem Beschluss weitgehend vom FDGB belegt

49 Vgl. dazu detailliert zur zentralen Planung des Erholungswesens Wolter, „Ich harre aus“ (wie Anm. 10), S. 110.

50 Oehler, Erholungswesen (wie Anm. 2), S. 60.

51 Vgl. Dokumentation zahlreicher Bäderverkehrskommissionssitzungen aus dem Jahr 1954, in: LG, Rep. 200 8.3.2.53, unpag.

52 Vgl. Armin Godau: Tourismus in der DDR – Tradition und neue Wege, Dresden 1989, S. 14; Auskunftsbericht des Bezirksdirektors des Reisebüros der DDR der Bezirksdirektion Frankfurt (O.) Gen. Janz zur Vorbereitung des Arbeitsbesuches von Dr. Wolf am 26.05.88, in: BArch DL1 26585, Arbeitsbesuche des Stellv. Ministers für Tourismus in Cottbus 31.03./01.04.87, Gera 19./20.11.87, Neubrandenburg 03./04.10.87, Frankfurt a.O. 26.05.88, unpag.

53 Vgl. dazu und im Folgenden: Kooperationsgemeinschaft Tourismus 1987–1989, in: LG, Rep. 200 II. 8.3.2.197, unpag.

waren. Der Staat verfolgte hier also offensichtlich widersprüchliche, einander ausschließende Konzeptionen. Ob nun dem Legitimationsgewinn durch sozialtouristische Angebote für die Bürger im beliebtesten Urlaubsgebiet der DDR oder dem Devisengewinn durch ausländische Urlauber Vorrang einzuräumen sei, wurde bis 1989 nicht geklärt.

Die Kreisstrukturen⁵⁴ waren analog zu den bezirklichen Programmen angelegt, berücksichtigten jedoch besondere Leistungsschwerpunkte des Kreises. Im Ostseebezirk hatten viele Kreise dafür eigene administrative Einheiten gebildet, da die meisten Küstenorte ein hohes Erholungspotenzial aufwiesen. Dort wurden beispielsweise Pläne für die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Erholungssaison erarbeitet.⁵⁵

Die Kommunen hingegen befassten sich vor allem mit konkreten Maßnahmen, die meist in kooperativer Arbeit erledigt wurden. Die häufigsten Formen der gemeinschaftlichen Tätigkeit waren Koordinierungsvereinbarungen, Kommunalverträge, Interessengemeinschaften und Zweckverbände. In einigen – insbesondere touristisch bedeutsamen – Orten gelang die Schaffung eines einheitlichen kommunalen Wirtschaftsbetriebes für den Tourismus, so beispielsweise 1968 in Kühlungsborn.⁵⁶

Die Ostseeküste der DDR im internationalen Tourismus

Entgegen den Träumen der DDR-Propaganda waren weder das Land in seiner Gesamtheit noch die Ostseeküste im Speziellen attraktive Reiseziele für ausländische Besucher. Einzige Ausnahme stellten Besucher aus der ČSSR dar. Da das Land keinen eigenen Meereszugang hatte, waren diese an Reismöglichkeiten sehr interessiert. Angesichts der Tatsache, dass zwischen den sozialistischen Staaten ein paritätischer, möglichst valutloser Urlauberaustausch favorisiert wurde und DDR-Bürger die ČSSR häufig besuchten, ergab sich hier eine gute Angebotsmöglichkeit. DDR-Bürger sahen diese Vergabe von so genannten Feriencchecks angesichts des Mangels zwar oft kritisch, die Freundschaftsbeziehungen zum sozialistischen Bruderland wurden aber staatlicherseits argumentativ hervorgehoben, um Kritik zu begegnen.

Während sich die Urlauber aus dem sozialistischen Nachbarland allerdings ohne Weiteres in die Beherbergungs- und Versorgungsstrukturen für DDR-Bürger eingliedern ließen, war den DDR-Behörden klar, dass die meisten ihrer Beherbergungsobjekte nicht dem internationalen Standard und den Erwartungen ausländischer, insbesondere westlicher Gäste entsprachen. Lediglich die – nicht nur für DDR-Bürger sozialtouristisch, sondern eben auch für ausländische Gäste genutzten – Interhotels in Rostock und Warnemünde sowie das Rügenhotel in Sassnitz galten als konkurrenzfähig.⁵⁷

54 Vgl. dazu und im Folgenden: Oehler, Erholungswesen (wie Anm. 2), S. 38-40 u. 61.

55 Besonders sind hier die verbindlich vorgeschriebenen Saisoneroöffnungskonferenzen der Erholungsträger vor Ort zu nennen. Vgl. Gertrud Albrecht: Die Entwicklung der Leitung und Planung des Erholungswesens im Bezirk Neubrandenburg, in: Bruno Benthien (Hrsg.): Geographie, Rekreation, Territorium. Beiträge des 5. Greifswalder Geographischen Symposiums vom 2.-6. Oktober 1978, Greifswald 1980, S. 67-75, hier S. 72.

56 Vgl. Horst Prignitz: Vom Badekarren zum Strandkorb. Zur Geschichte des Badewesens an der Ostseeküste, Leipzig 1977, S. 183.

57 Vgl. Kooperationsgemeinschaft Tourismus 1987–1989 (wie Anm. 53).

Organisatorisch waren für die Bürger aus der ČSSR, aber auch aus allen anderen Staaten – in relevanter Zahl kamen in den 1970er und 1980er Jahren höchstens Westdeutsche, die sich mit Verwandten trafen oder ihre alte Heimat besuchten – die Ausschüsse für Erholungswesen (und Tourismus) zuständig. Sie entstanden 1972 in allen Bezirken und waren ein bezirkliches Äquivalent zum „Zentralen Ausschuss für den Auslandstourismus“ und zur „Hauptverwaltung Auslandstourismus“.⁵⁸ Sie koordinierten die beschlossenen Maßnahmen für ausländische Besucher.⁵⁹ Eine entscheidende Vorgabe lag jedoch darin, „verantwortlich für die Abwicklung des Fremdenverkehrs im jeweiligen Territorium ohne Beeinträchtigung der Betreuung, Versorgung, Beförderung und des Erholungswesens der DDR-Bürger“ zu sein.⁶⁰

Masse statt Klasse

Nicht nur hinsichtlich touristischer Zielvorstellungen, sondern ganz grundsätzlich ging es in der DDR schon bald nicht mehr um das Erreichen eines hochgesteckten Ideals, sondern – besonders im immanenten Vergleich mit dem anderen deutschen Staat – um den Beweis des besseren, sozialistischen Lebens. Die DDR-Führung verfolgte spätestens seit Mitte der 1960er Jahre einen pragmatischen Ansatz, der die Bevölkerung über materielle Anreize an die sozialistische Ideologie und den Staat binden wollte. Insofern „schmerzten“ jeder Mangel, jede Beschwerde, jede öffentliche Kritik, denn sie stellten nicht nur das Manko als solches heraus, sondern das System infrage.

Jene Unzulänglichkeiten aber gab es in großer Zahl, gerade was die touristischen Erwartungen der Bürger betraf, die bereits auf das Recht auf Reisefreiheit verzichten mussten. Daher wurden viele interne politische Diskussionen über und Entscheidungen zu Marginalien getroffen, mit dem Ziel, die heute oft als unbedeutend angesehenen Missstände zu beheben. Nach außen hin wurden hingegen die angeblichen Erfolge im Aufbau des Erholungswesens propagandistisch wirkungsvoll als Teil eines „Sozialismus in den Farben der DDR“ gewürdigt.⁶¹ Die Probleme zusammenfassend äußerte der Stellvertretende Leiter des Feriendienstes, Harald Seymer, 1990: „Die Devise hat angesichts des zu bewältigenden Ansturms Masse statt Klasse heißen müssen.“⁶²

Dies bemerkten schon seit vielen Jahren auch die Bürger, deren kritisches Sprachrohr unter anderem die Kabarettbühnen des Landes waren. Auf einer solchen – der des Ensembles Distel in Berlin im Programm „Alles Rummel“ – wurde 1975 sinngemäß

58 „Die Zusammensetzung der Bezirksausschüsse [...] ist analog zu dem Zentralen Ausschuss geregelt.“ Hans-Jürgen Wolff: Die Fremdenverkehrspolitik der DDR. Ein Ausdruck und Mittel zur Erfüllung der Hauptaufgabe des VIII. Parteitages der SED, in: Lehrstuhl für Ökonomik des Fremdenverkehrs an der Hochschule für Verkehrswesen „Friedrich List“ (Hrsg.): Beiträge zur Fremdenverkehrswissenschaft, Bd. 5, Dresden o.J., S. 7-26, hier S. 21.

59 Vgl. Godau, Tourismus in der DDR (wie Anm. 52), S. 13.

60 Organisationsschema und Aufgabenabgrenzung der staatlichen Leitung auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs, o.J., in: BArch DL1 26577, Grundsatz Tourismus-Leitung 1987–1989, unpag.

61 Erich Honecker: Rede auf der Festveranstaltung anlässlich des 70. Jahrestages der Gründung der KPD, in: Neues Deutschland v. 30.12.1988, S. 4.

62 Artikel von Harald Biskup im Kölner Stadt-Anzeiger v. 13.07.1990, zit. aus: Gisela Helwig: Die letzten Jahre der DDR. Texte zum Alltagsleben, Köln 1990, S. 81-83.

„über die Fahrt eines Arbeiters an die Ostsee berichtet. Kritik trifft zunächst die Reichsbahn. Ihre Serviceleistungen an den Kunden werden als mangelhaft beschrieben [...] Die Züge sind restlos überfüllt, Anschlüsse funktionieren nicht, das Gepäck wird mit tagelanger Verspätung transportiert. Am Urlaubsdomizil selbst setzt sich das Reisedebakel fort. Das Fremdenzimmer ist so feucht, daß der Reisende krank wird, statt sich zu erholen, und der Versuch, eine Mahlzeit einzunehmen, scheitert nach zweistündiger Wartezeit vor dem Lokal daran, daß der reisende Arbeiter nicht Mitglied des FDGB ist.“⁶³

In dieser Darstellung werden bereits einige „Klassiker“ der Kritik am Ostseetourismus in der DDR angesprochen, die im Folgenden näher analysiert werden:

Noch 1988, nach fast 40 Jahren Erfahrung im DDR-Tourismus, hieß es von offizieller Seite: „Stärker als bisher stand das Angebot an FDGB-Ferienplätzen zur Diskussion. Der FDGB-Ferienstreckendienst wird als große soziale Errungenschaft anerkannt. Nach Meinung von Mitgliedern gibt es jedoch eine Diskrepanz zwischen den Veröffentlichungen über die steigende Anzahl von Ferienplätzen und den Ferienplatzangeboten.“⁶⁴ Privat hatten die Menschen also längst das Haupthindernis wahrgenommen: „Ein Problem war allerdings die Vergabe dieser Reisen. Das war schwierig und gab manchen Ärger in den Betrieben, denn das Angebot war sehr gering und die Nachfrage viel zu groß.“⁶⁵

Diese Problematik führte immer wieder zu öffentlich geäußelter Kritik, die in der Diktatur als systemgefährdend wahrgenommen wurde, weil sie die Fähigkeit des Systems, den Menschen ein angenehmeres Leben als im „Kapitalismus“ zu ermöglichen, in Frage stellte. Eingaben belegten, dass es in den Kritikpunkten schnell nicht mehr nur um Einzelsituationen, sondern um „das große Ganze“ ging. Ein Petent, Herr Rossa, schrieb 1975 eine so genannte Eingabe wegen Vergabe eines Ferienplatzes mit dem folgenden Ziel:⁶⁶ „Es geht darum, uns zu helfen, dass wir einen lang erkämpften Urlaubsplatz auch in Anspruch nehmen können.“ Das Problem sei, dass er eine Aufbettung benötigte. Der Bittsteller lieferte daraufhin umfangreiche Verweise auf sein gesellschaftliches Engagement. Der Bundesvorstand zeigte sich gewillt, trotz der bekannten Auslastung des Ostseeraumes einzugreifen, und leitete das Schreiben an den FDGB-Bezirksvorstand Rostock weiter, der allerdings nicht helfen konnte. Herr Rossa reagierte auf die Absage mit einer beachtenswerten Aussage und schrieb, er „betrachte [...] [sich; H. W.] von der Ostseeferiengestaltung durch den FDGB objektiv ausgeschlossen.“ Jene Eingaben ersetzten in der DDR einen Teil der Verwaltungsgerichtsbarkeit. Nachdem immer mehr dieser Schreiben bei allen möglichen administrativen Stellen in der DDR eingingen, wurden in den 1980er Jahren einheitliche Argumentationen entwickelt, mittels derer die Antworten verfasst werden sollten. Auch für die Campingplatz-

63 Dietmar Jacobs: Untersuchungen zum DDR-Berufskabarett der Ära Honecker, Frankfurt a.M. u.a. 1996, S. 165 f.

64 Angaben aus dem Sekretariat des Bundesvorstandes des FDGB 1988–1989, zit. aus: Wolfgang Eckelmann, Hans-Hermann Hertle u.a.: FDGB Intern. Innenansichten einer Massenorganisation der SED, Berlin 1990, S. 225.

65 Edgar Kante: Deutschland – ein Schauermärchen. Aufstieg und Fall der DDR selbst erlebt, Berlin 1999, S. 110.

66 Vgl. im Folgenden: Eingabe wegen Vergabe eines Ferienplatzes, Herr Rossa, 26.05.1975, in: BArch, DY34 10612, Best. FDGB-Bundesvorstand, Abt. Ferienstreckendienst, unpag.

vergabe im Bezirk Rostock existierte eine solche Vorgabe, die zentrale Rechtfertigungsmechanismen erkennen ließ. Den Empfängern sollte – je nach Argumentationslinie – mitgeteilt werden, dass⁶⁷

- nicht oder wenig ausgelastete Strandbereiche praktisch nicht mehr zur Verfügung stünden,
 - die Kapazitätsmängel aus der „ungenügenden Inanspruchnahme der Zeiten außerhalb der Monate Juli/August“ resultierten,
 - jeder Antragsteller eine Bewertungskennziffer nach Platz- und Zeitwunsch, Anzahl der Vorbesuche und weiteren Kriterien erhalte und nicht nur nach Eingangstag der Vermittlungsanfrage entschieden werde,
 - bestimmte soziale Merkmale nicht besonders gewertet würden, Ausnahmen seien Kinderreichtum und Schwerstbeschädigung, nicht jedoch schlechte Umweltbedingungen in Ballungsgebieten, schulpflichtige Kinder oder Arbeiterschwernisse,
 - Boddenplätze als Alternative bestünden,
 - nur 50% der Stellplätze an Betriebe, 50% an Einzelzelter vergeben würden,
 - Bürger der ČSSR Urlaubsplätze erhielten, da der Reiseverkehr ein Bestandteil der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern sei,
 - bereits ein EDV-System zur Beschleunigung der Bearbeitungszeit eingeführt worden sei,
 - manche Bürger nur deshalb mehrere Jahre hintereinander einen Ostseecampingplatz erhielten, weil deren Betriebe sie mehrfach bedächten,
 - die teuer erworbene Campingausrüstung keinen Nutzungsanspruch nach sich ziehe.
- Besänftigen konnte die Menschen diese ausgefeilte Rhetorik indes nicht.

Eine Entlastung versprach man sich beim FDGB auch durch die Umnutzung bestehender Gebäude, was aber aus Qualitätsgesichtspunkten nicht immer förderlich war. Salopp gesagt: „Damals hieß die Inselloosung [auf Poel; H. W.] ‚Schweine raus, Sachsen rein.‘ Die Bauern bauten die Ställe zu Ferienwohnungen um.“⁶⁸

Grund der begrenzten Verfügbarkeit von Unterkunfts- und Versorgungskapazitäten war aber auch der eklatante Arbeitskräftemangel im Tourismus. Dieser ließ sich bis zum Zerfall der DDR nicht beheben, wie das folgende Dokument aus dem Jahr 1989 belegt:

„Von völlig anderer Bedeutung für den einzelnen Betrieb und die gesamte Fremdenverkehrswirtschaft ist der zur Verfügung stehende Arbeitskräftefonds. Der Prozeß der Leistungserzeugung in der Fremdenverkehrswirtschaft ist zum größten Teil außerordentlich arbeitskräfteintensiv. Deshalb hängt der Leistungsumfang wesentlich von der Zahl der Beschäftigten, von ihrer Qualifikation und ihrer Einstellung zu den zu lösenden Arbeitsaufgaben ab. Auf diesem Gebiet gibt es z.Zt. die größten Probleme, die besonders bei Konzentration des Tourismus auf bestimmte Zeiträume und

67 Vgl. Einheitliche Argumentation zur Beantwortung von Eingaben, die die Vermittlung von Campingplätzen im Bezirk Rostock betreffen (Entwurf vom 11.12.1984) in: LG, Rep. 200 II. 8.3.2.125, Fachliche Anleitung nachgeordneter Organe und Einrichtungen, unpag.

68 Elke Sturmhoebel: Die Ruhe vor dem Sturm. Winter auf der Ostsee-Insel Poel, in: Schwarz auf Weiß v. 04.12.2008, S. 3, <http://www.schwarzaufweiss.de/deutschland/poel.htm> [letzter Zugriff: 03.08.2011].

Territorien auftreten. Hier sei besonders auf die Saisonbeschäftigung an der Ostseeküste hingewiesen, die jährlich das bestehende Defizit an Arbeitskräften im Bezirk Rostock im Verhältnis zum geforderten Leistungsumfang beseitigen soll.“⁶⁹

Diese Situation war vor allem dadurch bedingt, dass Arbeitskräfte im touristischen Bereich nur gering entlohnt wurden, andere Leistungsanreize fehlten und im Rahmen der zentralen Planung nur wenig Verantwortung auf den Einzelnen übertragen wurde.⁷⁰ Ging es schon den Angestellten so, so war die ökonomische Motivation für private Betreiber noch geringer. Das mangelnde Angebot zog für die vorhandenen Einrichtungen ungeachtet der Qualität viele Urlauber an. Eine Konkurrenz entstand ebenfalls höchstens über die Zugkraft des sozialistischen Wettbewerbs. Wenn, dann war das Engagement bei den Mitarbeitern vor Ort groß, weil dort die direkte Rückmeldung der Urlauber zur Motivation beitrug.

Kritik wurde auch an der Konzentration der Urlaubswünsche auf die nicht gestaffelte Sommerferienzeit geübt. Schließlich hing die Nachfrage nach Reisen an die Ostsee massiv von den klimatischen Bedingungen ab. Diese waren an der Küste eben in der Ferienzeit vom 1. Juli bis 31. August am besten. Bis 1989 bemühte sich der Feriendienst des FDGB durch propagandistische Maßnahmen, Preisermäßigungen und andere Maßnahmen weitgehend ohne Erfolg um die gleichmäßigere Auslastung der Unterkünfte an der Ostsee. Die Bürger waren der Meinung: „Die [Reisen in der saisonfernen Zeit; H. W.] war'n so billig. Die hätte man verschenken müssen und wär' sie dann wahrscheinlich auch nicht losgeworden.“⁷¹ Eine naheliegende Lösung, die Staffelung der Ferienzeit, wurde jedoch abgelehnt, denn dies entsprach dem bundesrepublikanischen Modell.⁷²

Für diejenigen, die einen Urlaubsplatz an der Ostsee erwarteten, hielten die Unterkünfte manchmal unangenehme Überraschungen bereit. Da der FDGB stets um eine Ausweitung der Bettenkapazität bemüht war, ging es vorrangig um den Neubau oder die Rekonstruktion bisher nicht genutzter Bauobjekte. Ein Urlauber erinnerte sich dazu: „Außerdem wurden die Heime nach kurzer Zeit heruntergewirtschaftet, da kein Geld für Instandhaltung und Renovierung da war.“⁷³ Für Verbesserungen in bestehenden Objekten gab es wenig Interesse, so dass man in der Konzeption zur weiteren Entwicklung des Erholungswesens im Bezirk Rostock vom 23. Oktober 1989 konstatieren musste, dass es in 41 von 241 Erholungseinrichtungen schwere bauliche Schäden gebe und man weitere zehn überhaupt nicht mehr nutzen könne.⁷⁴

69 Lehrbrief, in: BArch DL1 26577, Grundsatz Tourismus-Leitung 1987–1989, unpag.

70 Vgl. Anton Filler: Der Stand und die Entwicklung des gewerkschaftlichen Erholungswesens. Ein Lehrbrief der Gewerkschaftshochschule „Fritz Heckert“ beim Bundesvorstand des FDGB, Bernau 1983, S. 106–108.

71 Interview [4.8.2004, Berlin] mit Peter Schmidt, ehemals ehrenamtlicher Reiseleiter für Jugendtourist.

72 Information über Inhalt und Verlauf der Wahlversammlungen in den gewerkschaftlichen Grundorganisationen – Beschluß des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB vom 22.03.1989, zitiert bei: Eckelmann, Hertle u.a., FDGB Intern (wie Anm. 64), S. 225.

73 Kante, Deutschland – ein Schauermärchen (wie Anm. 65), S. 112.

74 Vgl. Konzeption zur weiteren Entwicklung des Erholungswesens, in: LG, Rep. 200 II. 8.3.2.137, unpag.

Zudem wurde die Vor-Ort-Infrastruktur vernachlässigt. Selbst Wissenschaftler in der DDR wiesen darauf hin, wie wenig zweckmäßig es sei, die Bettenkapazitäten Jahr um Jahr zu erhöhen, ohne infrastrukturelle Verbesserungen vorzunehmen.

Ein „Dauerbrennerthema“ war auch die unzureichende Versorgung der Urlauber. Ging es 1954 um Milch,⁷⁵ so hieß es 1971:

„In diesem Jahr wurde die Qualität der Versorgungsleistungen vor allem durch die aufgetretenen Versorgungslücken beeinflusst. Trotz exakterer vertraglicher Regelungen der Lieferbeziehungen und wiederholter Rücksprache mit den zuständigen Organen fehlten vor allem Gemüse und Obst, alkoholfreie Getränke und Bier. Das Fleisch- und Wurstsortiment war sehr eingeschränkt und einseitig.“⁷⁶

Hinzu kamen die umfangreichen Schließzeiten von Gaststätten, die zum Beispiel in einer Karikatur des Satiremagazins Eulenspiegel thematisiert wurden.⁷⁷



Abb. 5: Überspitzte Darstellung eines alltäglichen Problems: Versorgungsprobleme von DDR-Urlaubern. Q: Heinz Behling, Eulenspiegel Verlag, in: Ralf Pierau: Urlaub, Klappfix, Ferienscheck. Reisen in der DDR, Berlin 2003, S. 107.

75 Vgl. „Aus den Fehlern der Badesaison 1953 müssen wir unsere Lehren ziehen, damit bezüglich der Aufgaben der Lebensmittelindustrie in der Saison 1954 zum Beispiel [...] keine Mängel in der Trinkmilchversorgung [...] auftreten können.“ Plan der Abteilung Industrie und Handwerk beim Rat des Bezirks über die Durchführung der Badesaison 1954, in: LG, Rep. 200 8.3.2.17, Bl. 35.

76 Einschätzung der Reisezeit 1971, in: BArch DY34 9767, FDGB-Bundesvorstand, Abt. Feriendienst, Grundsatzfragen, S. 6.

77 Ralf Pierau: Urlaub, Klappfix, Ferienscheck. Reisen in der DDR, Berlin 2003, S. 107.

Waren die Restaurants geöffnet, so ergaben sich merkwürdig anmutende Regelungen, beispielsweise in der von der Konsumgenossenschaft Glowé auf Rügen betriebenen Ostseeperle, wo die Verweildauer „wegen des Besucherandrangs und des allgemeinen Platzmangels auf 45 min festgelegt“ wurde.⁷⁸

Aber auch das Verkehrsaufkommen bzw. die verkehrsinfrastrukturelle Anbindung der Ostseeküste war problematisch. In der Vorkriegszeit war das Verkehrsnetz Deutschlands überproportional zwischen Ost und West ausgerichtet gewesen, dem Territorium der DDR entsprach eher eine Nord-Süd-Ausrichtung.⁷⁹ Für den Tourismus war vor allem die Erschließung eines Teils der Ostseeküste durch die Autobahnverbindung zwischen Berlin und Rostock 1978 bedeutsam. Der Reiseverkehr an die östlichen Küstenabschnitte und auf die Inseln Rügen, Usedom und Hiddensee blieb jedoch ein Problem, da er nur über Fernverkehrsstraßen geleistet wurde. Für Ferienreisende war deshalb und aufgrund der nur teilweisen privaten Motorisierung besonders der Zugverkehr an die Ostsee von Bedeutung.⁸⁰ Der Inlandsflugverkehr mit dem Flughafen Barth hingegen blieb trotz propagandistischen Aufwands in den 1960er Jahren marginal und wurde 1980 ganz eingestellt.⁸¹

Durch die hohe Frequentierung und das geringe staatliche Interesse an Nachhaltigkeit ergaben sich weiterhin zunehmend ökologische Probleme, deren ganzes Ausmaß erst nach 1989 in den öffentlichen Blickpunkt rückte. Die Liste der durch Luft-, Boden-, Wasser- und Vegetationsschäden beeinträchtigten touristischen Ressourcen war lang.

Schließlich zeigte sich ein übergreifendes Problem. Immer wieder wurden Ungleichheiten in der Vergabe der Ferienplätze durch außerplanmäßige Zuteilungen von Urlaubsplätzen öffentlich bekannt. Das konnten Sonderkontingente für „verdiente“ Bürger und politisch Umworbene sein, aber auch Merkmale eines zweiten Wirtschaftskreislaufs, in dem durch „Vitamin B“, Improvisationen produktionsstarker Betriebe und Tauschhandel der offizielle Verteilungsmodus umgangen wurde. Zeitzeugen berichteten: „Ja, es war eine eigene Rügener [und auch sonstige Ostsee-; H. W.] Währung entstanden, die hieß ‚Urlaubsplatz‘.“⁸²

Für jene, die nicht zum Kreis der Privilegierten gehörten, stellte sich hier die Frage, wo das Versprechen des Staates auf Teilhabe aller an den „Errungenschaften des Sozialismus“ eingelöst würde. Eine zufriedenstellende Antwort darauf fand sich oft nicht.

Das war auch gar nicht möglich, denn bereits aus ökonomischen Gründen war die Abstellung der Problemlagen meist nicht realisierbar. Es fehlten das Geld und der ökonomische Anreiz, das Angebot über die staatlichen Planvorgaben hinaus zu entwickeln. Daher sind die in der internen Saisoneinschätzung gelisteten Kritikpunkte zwischen 1976 und 1981

78 O.V.: 35 Jahre „Ostseeperle“ Glowé, in: Wellenbrusen, Informationsblatt des Tourismusvereins der Gemeinde Glowé e.V. 4 (2003), S. 6, <http://www.glowe.de/wellenbrusen/ausgabe4.pdf> [letzter Zugriff: 02.08.2011].

79 Vgl. Günter Weise: Straßenverkehrs- und Straßenplanung, in: Erich Fiedler: Das Straßenwesen der DDR 1949–1989, Bonn 2002, S. 18–61, hier S. 21.

80 Vgl. 1975: „Zur Verbesserung des Binnenreiseverkehrs wurden die beiden bisher nur für den internationalen Reiseverkehr bestimmten Züge [...] ab Ostbahnhof bis Bergen/Rügen freigegeben. [...] Eine Erleichterung der Situation erhofft sich die Deutsche Reichsbahn ebenfalls durch die neu aufgenommene Relation Stralsund – Berlin – Schöneweide – Halle – Nordhausen.“ O.V.: Schneller zur Ostsee, in: Neue Zeit v. 15.05.1975.

81 Vgl. Karl-Dieter Seifert: Weg und Absturz der Interflug. Der Luftverkehr der DDR, Berlin 1994, S. 91–93; Inlandsflugrouten 1971, in: Wolter, „Ich harre aus“ (wie Anm. 10), Anhang 31.

82 Wichert, Wichert (Hrsg.), „Sie werden plaziert“ (wie Anm. 26), S. 23.

weitgehend identisch. Es ist zu vermuten, dass auch eine Aufstellung von 1989, die nicht vorliegt, ähnliche Befunde erbracht hätte.⁸³

<p>1976</p> <ul style="list-style-type: none"> • Übergangszeiten der Verkehrsträger • Tankstellenöffnungszeiten unzureichend • Versorgungslücken bei Campingartikel, Fleisch- und Wurstwaren, Gemüse und Obst, Sonnenschutzmittel, Badebekleidung, Souvenirs • Getränkeversorgung → Operativstab Getränkeversorgung • Transportkapazitäten für Waren • nicht genügend Saisonarbeiter • Personalnotstand in Gaststätten • hohe Überstundenbelastung • Wartezeiten in Krankenhäusern • Fäkalienbeseitigung • Zerstörungen an Deichen und Dünen • Bodenbelastung durch Überbelegung • Müllverkipfung • Kapazitätsengpass in der Kinder- und Jugenderholung 	<p>1981</p> <ul style="list-style-type: none"> • unzureichende Abstimmung der Verkehrsträger • „Weiße Flotte“ mangelhaft (technisch) • Parkplatzmangel • Versorgungslücken bei Süßwaren, Backwaren • Gastronomische Versorgung unzureichend • Hygienische Mängel • zu wenig Saisonarbeitskräfte • Abwasserbeseitigung • Fäkalienabfuhr • Trampeln ist bekannt, dass es eine Regelung gibt, wonach alle Personen eine Nacht aufgenommen werden sollen. (wegen Staatsgrenze Nord – Grenzordnung) • zunehmende Tendenz unangekündigter Anreise • Zunahme der Tramperbewegung (unangekündigt, zahlen nicht, Zeltaufbau an ungenehmigten Stellen)
---	--

Die Ostseeküste als Grenzgebiet

Allerdings war die Küste nicht nur für Urlaubsreisende interessant und bei weitem nicht auf ganzer Länge für Reisende nutzbar.⁸⁴ Zum einen war dies auf natürliche Gegebenheiten zurückzuführen, zum anderen existierten Sperrungen für militärische und andere staatliche Zwecke.⁸⁵ Seltener waren Küstenbereiche auch von Privatgrundstücken umschlossen.⁸⁶

83 Vgl. im Folgenden: Saisoneinschätzung 1977–1982, in: LG, Rep. 200 II. 8.3.2.131, unpag.

84 Die Küste der DDR war 1470 km lang, davon waren etwa 340 km Meeresgrenze. Von diesen waren zum Ende der DDR-Zeit etwa 250 km öffentlich zugänglich. Joachim Marcinek, Hans Richter u.a.: Der Naturraum der DDR im Überblick, in: Benthien (Hrsg.), DDR (wie Anm. 38), S. 16.

85 Insel Vilm (Naturschutzgebiet, bis 1989 Urlaubsort der DDR-Regierungsspitze), Prora und Bug (militärische Sperrgebiete), Lübecker Bucht (Grenzgebiet), vgl. Malte Helfer: Tourismus auf Rügen. Chancen und Risiken der Umstrukturierung infolge der deutschen Einigung, Saarbrücken 1993, S. 68.

86 Dem privaten „Datschenbau“ versuchte man ab 1976 mit § 287, Abs. 1 entgegenzuwirken, um z.B. die Küste der Öffentlichkeit zugänglich zu erhalten oder zu machen. Zivilgesetzbuch der DDR vom 19.06.1975, in: Gesetzblatt der DDR, Tl. I, 27/19.06.1975.

Der Urlaub an der Ostsee wies eine Besonderheit auf: Bei der gesamten Küstenlinie der DDR handelte es sich um Grenzgebiet.⁸⁷ Daher waren stets Polizei und andere Sicherheitskräfte im Einsatz, insbesondere nach der zweiten entscheidenden Zäsur der DDR-Geschichte, dem 13. August 1961. Nachdem den DDR-Bürgern mit dem Mauerbau unmissverständlich klargemacht wurde, dass ihr Verbleib im sozialistischen Staat notfalls erzwungen wurde, galten Grenzgebiete als besonders gefährdet. Ihr Schutz vor „Republikflüchtlingen“ stellte für die Staatsführung eine wichtige Herausforderung dar, denn jedes erfolgreiche Entkommen sicherte nicht nur dem Flüchtigen persönliche Freiheit, sondern konnte auch andere DDR-Bürger ermutigen, die Einschränkung grundlegender Freiheiten nicht länger hinzunehmen.

Mit diesen Prinzipien der Staatsführung verbanden sich umfangreiche gesetzliche Maßnahmen, die den Grenzschutz verbessern sollten. So war beispielsweise der Besitz und Gebrauch von festen Booten streng reglementiert. Der Einsatz von Schlauchbooten wurde misstrauisch verfolgt und führte nicht selten zu Befragungen und Festnahmen.⁸⁸ Die Badeordnung der DDR von 1956 und – in Wiederaufnahme der bestehenden Gesetzlichkeit – die Strand- und Badeordnung des Bezirkes Rostock von 1972 verfügten unter dem Vorwand von Sicherheitsbedenken:

„Zur Vermeidung von Unfällen und im Interesse der Ordnung und Sicherheit ist zu beachten: Die Verwendung von Motor-, Ruder-, Paddel- und Schlauchbooten ist an der Außenküste sowie in den besonders ausgewiesenen Grenzgewässern verboten. / Luftmatratzen, Badeboote und andere Schwimmkörper dürfen an der Außenküste nur im Bereich der 150-m-Bojenbegrenzung benutzt werden.“⁸⁹

Sowohl Personen mit als auch ohne mögliche „Fluchtwerkzeuge“ waren verdächtig, wie sich ein Zeitzuge erinnert: „Strandspaziergänge mussten wenige Kilometer hinter Boltenhagen wegen der nahen Grenze beendet werden. Abends durfte sich kein Urlauber mehr am Strand aufhalten, Grenzsoldaten patrouillierten nachts am Strand, und Suchscheinwerfer tasteten die Küste und das Meer nach Republikflüchtigen ab. Ihren Personalausweis mussten die Urlauber immer dabei haben.“⁹⁰ „Und wenn einer durch ein Fernglas schaute, machte er sich verdächtig.“⁹¹

Dass hierbei aus staatlicher Sicht Tourismus und Straftatbestände in engem Zusammenhang standen, zeigen die Berichte der „Arbeitsgruppe Grenze“, die am 23. September 1988 beispielsweise feststellte, dass 40% der „Angriffe auf die Staatsgrenze“ durch Badende er-

87 Vgl. § 33, Anordnung über die Ordnung in den Grenzgebieten und den Territorialgewässern der Deutschen Demokratischen Republik = Grenzordnung vom 15.06.1972, in: Gesetzblatt der DDR, Tl. II, 43/15.6.1972.

88 Vgl. Brigitte Deja-Löhlhöffel: Freizeit in der DDR, Berlin 1986, S. 46.

89 Strand- und Badeordnung des Bezirkes Rostock vom 10.03.1972, in: LG, Rep. 200 II. 8.3.2.188 FKK, unpag.

90 Alexa Hennings: Klassenauftrag Erholung. Fünfzig Jahre FDGB-Ferienst, Manuskript, in: MDR v. 22.09.1997, S. 15.

91 Sturmhoebel, Ruhe (wie Anm. 68), S. 3.

folgten,⁹² die meist von Zeltplätzen aus die Flucht wagten. Im selben Jahr wurde angemerkt, dass die „Angriffe auf fast das Doppelte gegenüber dem Vorjahr“⁹³ angestiegen seien und man den „fortdauernden Druck [...] auf die Staatsgrenze“ bei weiteren Planungen berücksichtigen müsse. Dabei war die „unsichtbare Mauer“ ein weites Areal „vom Küstenvorland über die offene See bis zu den dänischen Hoheitsgewässern“.⁹⁴

Insgesamt war die Fluchtbewegung zahlenmäßig sicher zu vernachlässigen – zwischen 1961 und 1989 zählte man 4 272 Festnahmen, 27 Tote, 591/594 erfolgreiche Grenzdurchbrüche⁹⁵ –, doch für die schleichende Demontage des Systems war sie sicherlich mitverantwortlich.

Ostseetourismus als Testfall des Systems

Ostseeurlaub für alle – so hieß vereinfacht gesagt die sozialpolitische Zielsetzung des Staates DDR. Es wurde im Laufe der Jahre immer deutlicher, dass die Ostsee in der Wahrnehmung der Menschen ein besonderes touristisches Ziel war. Im Badeurlaub manifestierte sich prototypisch die Vorstellung einer gelungenen, erholsamen Ferienreise. Der DDR-Führung war dies bewusst. Doch quantitative und qualitative Mängel führten dazu, dass der selbstgesetzte Anspruch nicht erreicht werden konnte. Die Diskrepanz zwischen Ziel und Wirklichkeit wurde zu einem Testfall für das System.

Es gab – von Ausnahmen abgesehen – nur an der Ostseeküste der DDR einen leicht zu erreichenden Zugang zum Meer für alle DDR-Bürger. Dorthin richteten sich also alle Sehnsüchte, die mit dem Meer verbunden waren. DDR-Bürger genossen und erinnern noch heute⁹⁶ – manchmal in (n)ostalgischer Verklärung – die an Strand und Meer empfundene Freiheit und die (vorgeblich) gleichberechtigte Teilhabe aller an den Schönheiten und touristischen Annehmlichkeiten der Küstenlandschaft, und an die angesichts des Mangels aber nur mit Hilfe der in der Gemeinschaft bewältigten Unwägbarkeiten.

Die Ostseeküste war in ihrer ganzen Länge aber nicht nur touristische Destination, sondern auch Grenzgebiet der DDR. Ihr Besuch unterlag daher den spezifischen Regeln einer Diktatur, die die Bewegungsfreiheit ihrer Bürger massiv einschränken wollte. Der DDR-Führung erschien es höchst bedrohlich, dass ihr durch Fluchtversuche just am Ort des scheinbar Unpolitischen – am Strand – aufgezeigt würde, dass nicht jeder bereit war, sich den engen Restriktionen des „Sozialismus in den Farben der DDR“ zu unterwerfen.

Der Symbolgehalt des Ostseetourismus war also in vielerlei Hinsicht hoch. Durch ihn wie auch anderen sozialpolitischen Maßnahmen, an denen sich der Staat messen lassen

92 Protokoll über die Beratung der AG „Grenze“ am 23.09.1988, in: LG, Rep. 200 II. 8.3.2.133, AG „Grenze“, unpag.

93 Protokoll über die Beratung der AG „Grenze“ am 08.12.1988, in: LG, Rep. 200 II. 8.3.2.133, AG „Grenze“, unpag.

94 Dazu und im Folgenden: Christine Müller, Bodo Müller: Über die Ostsee in die Freiheit. Dramatische Fluchtgeschichten, Bielefeld 1996, S. 12. Allerdings wird vermutet, dass bei den Todeszahlen eine höhere Dunkelziffer vorliegt.

95 Unsichere Angaben, daher in der Publikation zwei Alternativen, vgl. ebenda, S. 52.

96 Vgl. Sönke Friedreich: Urlaub und Reisen während der DDR-Zeit: Zwischen staatlicher Begrenzung und individueller Selbstverwirklichung, Dresden 2011.

musste und aus pragmatischen Gründen auch messen lassen wollte, wurde das System getestet, herausgefordert und schließlich in seinem Niedergang gefördert.

Noch am 9. November 1989 meldete der Stellvertretende Vorsitzende für territoriale Planung bei der Staatlichen Plankommission an den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Rostock: „Die sich in unserer Gesellschaft gegenwärtig vollziehenden Prozesse werden neben anderen Veränderungen zu einer grundlegenden Wirtschaftsreform führen, die u.a. auch zur höheren Eigenverantwortlichkeit der örtlichen Organe führen wird. Die Stabilisierung unserer Volkswirtschaft wird Maßnahmen erfordern, die derzeit noch nicht eindeutig fixiert sind.“⁹⁷ Für diese Erkenntnis war es auch im wichtigsten Wirtschaftszweig des Ostseebezirkes bekanntlich zu spät. Am selben Abend besiegelte der Fall der Mauer den Anfang vom Ende der DDR und damit auch ihres tourismuspolitischen Systems. Die Überlieferungspause in der Korrespondenz der Behörde bis März 1990 belegt denn auch, dass ein Regulierungs- oder mindestens Kommunikationsvakuum entstand, da die bisherigen Strukturen in keiner Weise mehr den Anforderungen eines Ostseetourismus auf marktwirtschaftlicher Basis gerecht wurden.

Summary

Even today, when people can choose between thousands of places to travel to, the Baltic Sea is one of the most frequented tourist destinations in Germany and of Germans. During the time of the GDR the beaches were even more sought after since GDR-citizens were only allowed to travel domestically or in a few socialistic countries.

Therefore the state tried to convince people of the advantages of socialism by offering a social-tourist model. The Baltic Sea coast was the main investment area, since people were eager to spend their holidays there. Especially the GDR trade union FDGB made itself an essential “Haupterholungsträger” – main travel provider –, partly using illegal methods to dominate the other providers. Over the years, the priority in GDR’s Baltic Sea tourism was to build holiday homes for the vacationers. As in other spheres tourism was part of an economy and society of shortage.

But what was most crucial about this destination was its ambiguous character as main tourist destination but also as most vulnerable border area. Since the dictatorial GDR-system tried to imprison their citizens, they were in constant fear of people not willing to accept this restriction of basic human rights.

97 Brief des Stellvertretenden Vorsitzenden für territoriale Planung bei der Staatlichen Plankommission an den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Rostock, Genossen Kühl, vom 09.11.1989, in: LG, Rep. 200 II. 8.3.2.137, Konzeption zur weiteren Entwicklung des Erholungswesens, unpag.